

Interpellation Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB): Stadtteil I muss auch unter den Aspekten der soziokulturellen Animation einbezogen werden!

Im November 2011 finden in den Stadtteilen II bis VI erneut Stadtteilkonferenzen statt. Die von der BSS initiierten und organisierten Stadtteilkonferenzen, die alle zwei Jahre stattfinden, sind Teil der Sozialplanung und ein Element der sozialen Bedarfserhebungen in den Stadtteilen. Dabei wurde dieses Jahr erneut der Stadtteil I (Innenstadt) ausgelassen.

Wiederholt wurde von MitarbeiterInnen und von den Geschäftsstellen von vbg, TOJ und DOK sowie von Quartiervereinen darauf hingewiesen, dass auch der Stadtteil I Lebensraum und Sozialraum der Bevölkerung ist. Bisher stets ohne Erfolg. In der Innenstadt leben immerhin rund 3'800 Menschen. Der grössere Anteil davon in der unteren Altstadt und im Matte-Quartier.

In der Innenstadt finden rund ums Jahr diverse Anlässe, Feste, kulturelle und sportliche Aktivitäten statt. Öffentliche Plätze und Parkanlagen werden von der Bevölkerung an schönen Tagen und in den wärmeren Jahreszeiten stark frequentiert. Zudem wird die Innenstadt von vielen Jugendlichen und Erwachsenen besucht und als Treff- und Ausgangspunkt diverser Aktivitäten verstanden.

In der Innenstadt gibt es ausser dem Spielplatz Längmuur (offene Arbeit mit Kindern) keinerlei Angebote der offenen Jugendarbeit (TOJ) oder der Gemeinwesenarbeit (vbg), welche präventiv und unterstützend wirken würden.

Eine Partizipation der gesamtstädtischen Bevölkerung am Lebensraum Innenstadt kann nicht stattfinden. Die kommerziellen Interessen der Geschäfte und Gastwirtschaften und des Tourismus, die über die Altstadtler vertreten werden, bestimmen zu einem grossen Teil die Gestaltung des Lebensraums Innenstadt. Eine politische Vertretung in Form einer Quartierkommission, wie sie für alle anderen Stadtteile vorhanden ist, gibt es in der Innenstadt keine. Somit gibt es auch keine Möglichkeiten, auf den Lebensraum Innenstadt Einfluss zu nehmen und zu partizipieren.

Die einzigen sozialen Unterstützungsangebote im Stadtteil I bestehen aus Interventionen von Pinto und der kirchlichen Sozialarbeit (Gassenarbeit). Bei kurzfristigen Problemen wird in der Regel polizeilich interveniert.

Wir sind der Meinung, dass auch die Innenstadt künftig in sozialplanerische Überlegungen einbezogen und untersucht werden muss.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb vom Gemeinderat die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso wird der Stadtteil I nicht in die Überlegungen und Analysen der Sozialplanung einbezogen?
2. Weshalb besteht kein Auftrag, soziokulturelle Angebote der städtischen Institutionen in der Innenstadt einzusetzen?
3. Was gedenkt der Gemeinderat in Zukunft zu tun, um die Bevölkerung auch an der Ausgestaltung des Sozialraums Innenstadt partizipieren zu lassen?

Bern, 3. November 2011

Interpellation Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB): Judith Gasser, Hasim Sancar, Rahel Ruch, Lea Bill, Christine Michel, Monika Hächler, Urs Frieden

Antwort des Gemeinderats

Die *Stadtteilkonferenzen*, wie sie die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) seit 2007 alle zwei Jahre in den Stadtteilen durchführt, haben zum Ziel, Stärken und Schwächen sozialer Sachlagen zu klären, mögliche Entwicklungen in sozialen Belangen zu bestimmen und allenfalls Empfehlungen abzugeben. Im Fokus steht die Beurteilung der sozialen Lage über die ganze Stadt hinweg, nicht die Bedarfsbestimmung konkreter Angebotsstrukturen in einzelnen Stadtteilen. Ein zentraler Aspekt ist jeweils die Vernetzung sowie der Wissens- und Erfahrungsaustausch der Fachleute „vor Ort“ - unter Einbezug möglichst aller Fachperspektiven sozialer Arbeit. Die für die Stadtteilkonferenzen relevanten Akteurinnen und Akteure aus dem Stadtteil I, bzw. für diesen zuständige Fachstellen lassen sich nicht wie in den anderen Stadtteilen fassen: Wichtige Trägerschaften in Soziokultur und Gemeinwesenarbeit wie die des Dachverbands offene Arbeit mit Kindern (DOK), des Trägervereins offene Jugendarbeit (TOJ) sowie jener der Gemeinwesenarbeit (GWA der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) beispielsweise, bieten in der Innenstadt keine explizit für die Innenstadt bestimmten Angebote an. Die katholische Pfarrei Dreifaltigkeit wie die reformierten Pfarrämter Nydegg und Heiliggeist umfassen Perimeter, welche vorwiegend über die Innenstadtgrenze hinaus in die Stadtteile IV (reformierte Kirche) oder II und III und IV (katholische Kirche) reichen. Die Schule, Schulkommission, Schulsozialarbeit oder Tagesschule in der Innenstadt sind dem Schulkreis Altstadt-Schosshalde (Stadtteil IV) zugeteilt. Der Spielplatz Längmuur mit Fachleuten des DOK hat ebenfalls ein Einzugsgebiet über die Innenstadt hinaus.

Eine Vielzahl der Akteurinnen und Akteure aus der Innenstadt müsste bei der Veranstaltung im Stadtteil I somit immer an mehreren Veranstaltungen teilnehmen: im Stadtteil I und IV. Die Veranstaltungen binden während mindestens einem halben Tag personelle Ressourcen, was für die betreffenden Fachleute einen doppelten Aufwand bedeutet für die Diskussion zu sich überschneidenden Themen.

Die *Bevölkerungsdaten und Angebotsstrukturen* sprechen gegen eine Durchführung einer Stadtteilkonferenz I: Im Stadtteil I lebt 1 Prozent der 0-16-Jährigen der Stadt, das sind prozentual 20 Mal weniger als im Stadtteil IV oder 30 Mal weniger als im Stadtteil VI. Der Anteil der 64-Jährigen beträgt in der Innenstadt 4 Prozent, jener der über 80-Jährigen beispielsweise 2 Prozent verglichen mit den gesamtstädtischen Zahlen dieser Altersgruppen (im IV sind es 17 bzw. 23 %). Im Stadtteil I mit rund 3 870 Personen leben rund 3 Prozent der Stadtberner Bevölkerung auf einer Fläche von rund 80 ha, im Stadtteil VI sind es z.B. 24 Prozent auf einer solchen von über 2 000 ha. Entsprechend finden sich in Letzterem beispielsweise ein Vielfaches an sozialen, schulischen, gesundheitsfördernden oder soziokulturellen Angebotsstrukturen. Die Stadtteilkonferenz wird auch im grössten Stadtteil -im Stadtteil VI - trotz deutlich grösserem räumlichen Perimeter als in der Innenstadt und mit einer breiten Palette unterschiedlicher Herausforderungen nur einmal angeboten. Den Kosten einer eigenen Stadtteilkonferenz in der Innenstadt steht kein entsprechender Nutzen gegenüber.

- Bezüglich dem Bedarf nach soziokultureller Animation stellt der Gemeinderat fest, dass es unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Angebotslage im Stadtteil I aufgrund der Bevölkerungsstrukturdaten eine vergleichbare, am Bedarf ausgerichtete Angebotslage gibt: Im Stadtteil I leben rund 170 Kinder zwischen 6-12 Jahren (1 % der gesamtstädtisch total 13 700). Für sie gibt es in unmittelbarer Nähe mit dem Längmuurspielplatz einen der zwei einzigen professionell betreuten Aktivspielplätze der Stadt.
- In der Innenstadt leben 260 Jugendliche zwischen 13-20 Jahren (1.3 % der gesamtstädtisch total 19 500). Der Gaskessel steht zwar im Stadtteil III, kann aber durch seine zentrale Nähe zur Innenstadt als gut erreichbares Angebot angesehen werden.
- Die 440 über 80-Jährigen (2 % der gesamtstädtisch total 8 384) finden in der Innenstadt bei den offenen kirchlichen Angeboten (Nydegg, Heiliggeist, Dreifaltigkeit), in jenen der Alterseinrichtungen (Nydegg oder Burgerheim) oder im Domicil Infocenter Bern bei Altersfragen oder bei Bedarf nach Unterstützungs- und Begegnungsangeboten zahlreiche Angebote.
- Die Kirchgemeinden verfügen überdies über eine Vielzahl von Angeboten für alle Altersgruppen.

Zu den einzelnen Fragen

Zu Frage 1:

Die Abteilung Stadtentwicklung (Statistikdienste) ist mit der Sozialplanung am Aufbau des Monitorings sozialräumliche Stadtentwicklung. Im November 2009 wurde eine erste Publikation veröffentlicht. Grundlage für die Berichterstattungen bildet die Abbildung der sozialen Lage, die mit soziostrukturellen Daten und sozialen Indikatoren erfasst wird. Im Monitoring werden alle Stadtteile gleich dokumentiert, somit stehen für alle Stadtteile die gleichen und vergleichbaren Grundlagen zur Verfügung.

Bezug nehmend auf das Monitoring hat die BSS 2010 ein „Grundlagenpapier für die Bedarfsbestimmung“ verfasst. Das Dokument legte den Fokus auf die von der Stadt mitfinanzierten soziokulturellen Angebote von DOK, TOJ und vbg. Der im Grundlagenpapier formulierte Handlungsbedarf basiert auf quantitativen Daten und Interpretationen aus sozialplanerischer Sicht. Er bildet die Ergebnisse zu allen Stadtteilen, auch zum Stadtteil I, in gleicher Weise ab. Die Sozialplanung erstellt Grundlagen stets zu allen Stadtteilen, inklusive der Innenstadt. Die Themen der Sozialplanung konzentrieren sich auf die Sozialraumanalyse und somit primär auf quantitative Daten - wie soziodemografische Merkmale und soziale Indikatoren - zur Bestimmung der sozialen Lage. Zur Bestimmung der Lebensweltanalyse braucht es andere Vorgehensweisen, welche primär durch die Arbeitsfelder der Professionellen - der GWA durch die vbg, der Soziokultur durch die offene Jugendarbeit, der offenen Arbeit mit Kindern, der Altersarbeit oder den sozialdiakonischen Mitarbeitenden der Kirchen, der Schulsozialarbeit usw. - abgedeckt werden, bei welchen die Bedürfnisse und Lebenswelten der Bevölkerung im Zentrum stehen.

Unter Federführung des Jugendamts wurde darauf Bezug nehmend der Bedarfsbestimmungsprozess in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsstellen vbg, DOK und TOJ weitergeführt und konkreter Handlungsbedarf in einzelnen Sozialräumen bestimmt sowie Massnahmen definiert. In der Innenstadt wurde bis anhin in diesem Prozess von keiner verwaltungsinternen oder -externen Fachseite Handlungsbedarf angemeldet.

Zu Frage 2:

Die Interpellation übersieht, dass mit dem Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel das wohl grösste Angebot von und für Jugendliche im Bereich der Soziokultur in Bern stark auf das

Stadtzentrum und das gesamtstädtische und regionale junge Publikum ausgerichtet ist. Zudem werden im „Checkpoint Kinder-, Jugend- und Familienservice Stadt Bern“ vielfältige Dienstleistungen, Informationen und Freizeitaktivitäten bereitgestellt. Es treffen sich dort die Arbeitsgruppen des Kinderparlaments, die Mitglieder des Jugendrats, Jugendliche betreiben unter Begleitung des Jugendamts die Job-Börse und beteiligen sich an Generationenprojekten, der Fäger bietet Kurse und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche an. Daneben finden Jugendliche, Kinder und ihre Bezugspersonen jegliche Information und Unterstützung in Fragen der Lebensbewältigung.

Der Verzicht auf weitere soziokulturelle Angebote in der Innenstadt hat mehrere Gründe:

- Dem Gemeinderat sind bisher keine begründeten Bedürfnisse aus der Bevölkerung nach diesbezüglichen Angeboten bekannt. Bemühungen im Jahr 2011, gemeinsam mit Jugendlichen Angebote beim Gaskessel ausserhalb des bestehenden Programms zu veranstalten, wurden mangels interessierter Jugendlicher sowie aus Kostengründen nicht weiterverfolgt.
- Soziokulturelle Angebote - namentlich der offenen Kinder- und Jugendarbeit - beruhen hauptsächlich auf Beziehungsarbeit. Dies bedingt eine gewisse Konstanz der Beziehungen. Die Innenstadt wird täglich von einer grossen Zahl von Personen mit unterschiedlichsten Interessen frequentiert. Damit wird es schwierig, mit bestimmten Zielgruppen zuverlässige Beziehungen aufzunehmen und zu pflegen. Dazu kommt, dass ein Grossteil der Menschen, die in der Innenstadt verkehren (gerade auch während der Ausgangszeiten an den Wochenenden), ihren Wohnsitz nicht in der Stadt Bern haben.
- Der Aufbau von soziokulturellen Angeboten in der Innenstadt würde voraussichtlich zu einer Konkurrenz gegenüber den Angeboten in den Stadtteilen führen, wo aus Sicht des Gemeinderats die Arbeit in hoher Qualität und mit grossem Lebensraumbezug geleistet wird. Es ist nicht im Sinne des Gemeinderats, die Quartierbevölkerung von diesen Angeboten in die Innenstadt umzulenken.
- Die Kosten für Angebote in der Innenstadt wären sehr hoch: Um mit den zahlreichen kommerziellen Angeboten konkurrieren zu können, wäre vor allem für die offene Jugendarbeit ein attraktiver, stark frequentierter Standort zu suchen, wo die Liegenschaftspreise meist ein Vielfaches von vergleichbaren Flächen in den übrigen Quartieren ausmachen. Zudem müsste auch mit den langen Öffnungszeiten der übrigen innerstädtischen Institutionen und Geschäfte Schritt gehalten werden, was einen hohen Personalaufwand bedingen würde. Kosten und Nutzen erachtet der Gemeinderat als unverhältnismässig hoch im Vergleich zur unklaren Wirkung eines solchen Angebots.
- Mit den heutigen Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Gemeinwesenarbeit schöpft die Stadt Bern den Rahmen der im Lastenausgleich des Kantons anrechenbaren Kosten aus. Jedes zusätzliche Angebot wäre durch die Stadt aus eigenen Mitteln zu tragen, was in der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stadt nicht opportun erscheint.
- Das Jugendamt der Direktion für Bildung, Soziales und Sport ist beteiligt am Projekt „Haus der Generationen“ im Burgerspital. Der oben genannte Checkpoint des Jugendamts wird voraussichtlich ab Herbst 2014 nicht nur seine bisherigen Dienstleistungen dort erbringen, sondern in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern aus dem Kinder- und Jugendbereich verschiedene soziokulturell ausgelegte Angebote entwickeln. Durch die Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde Bern, die Ablösung des Checkpoint und Partnerschaften mit weiteren Institutionen wird sich diese Lösung für die Stadt ohne wesentliche Mehrkosten realisieren lassen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Stadtteil I ein wichtiger Lebensraum für die städtische Bevölkerung ist. Er wird als Stadtzentrum sowohl von kommerziellen als auch privaten und öffentlichen Interessen beansprucht, die sich oftmals diametral widersprechen. Dieser besonderen Position der Innenstadt hat der Gemeinderat Rechnung zu tragen.

Wie in der Interpellation erwähnt, müsste die gesamte Stadtbevölkerung partizipieren können, da die Bewohnerschaft der Innenstadt selbst nur einen sehr geringen Anteil an der Nutzung der innenstädtischen Angebote ausmacht. Auch im kulturellen oder freizeitorientierten Bereich engagieren sich in der Innenstadt mehrheitlich Trägerschaften oder Personen, die mit ihren Angeboten primär Mitwirkende aufgrund gleicher Interessen, nicht wegen der Stadtteilzugehörigkeit anvisieren. Mitwirkungsmodelle wie in den übrigen Stadtteilen können darum in der Innenstadt kaum zur Anwendung kommen. Hingegen werden die wesentlichen gestalterischen Fragen im öffentlichen Raum der Innenstadt demokratisch in politischen Prozessen entschieden. Angesichts der zahlreichen übergeordneten Einflussnahmen in diesem Perimeter dürften partizipative Anlagen der Soziokultur und Gemeinwesenarbeit mit grosser Wahrscheinlichkeit scheitern.

Der Gemeinderat sieht aus diesen Gründen keinen Handlungsbedarf für zusätzliche partizipative Angebote im Stadtteil I.

Bern, 25. Januar 2012

Der Gemeinderat